

Gerhard Strauß und Gisela Zifonun

Themen, Meinungen, Wörter der Zeit

Themen, Meinungen, Wörter der Zeit – gemeint sind damit Erscheinungen, die zuerst als Oberflächenphänomene unserer Sprache, also durch Häufigkeit und modischen Prestigewert, auffällig werden, Aufsehen erregen und vor allem von den Schreibtischen von Kultur- und Wissenschaftsjournalisten, von Kommentatoren und Moderatoren aus ihre Kreise ziehen, rasch in Mode kommen, so daß sie sich scheinbar wie von selbst verstehen – oder aber durch ständigen öffentlichen Gebrauch schnell so vage und beliebig werden, daß keiner sie mehr so recht versteht bzw. jeder etwas anderes mit ihnen verbindet: deshalb werden sie oft als anstößig empfunden und geraten ins Kreuzfeuer der öffentlichen Sprachkritik.

Dies sind z. B. Modewörter/Neologismen wie *postmodern*, *Postmoderne* und *Postmodernismus*, *Transavantgarde*, *Environment* und *multimedial* oder *Fundamentalismus*, *Fundamentalist(in)*, *fundamentalistisch*, *Fundi*, *Realo*, *Ökopax* und *Ökopazifismus*. Oder es sind wiederbelebte Modewörter einer vergangenen Zeit wie (*der*) *Zeitgeist* oder Neologismen, die durch die sprachliche Produktivität einer Wissenschaft oder eines Fachbereichs, wie des Themas Umwelt, ins Gerede kommen und alle Lebens- und Gesellschaftsräume durchdringen, z. B. Bildungen mit der Vorsilbe *Öko-* wie *Ökoszene*, *Ökoliberaler* und *Ökosozialist*, oder mit der Vorsilbe *Bio-*, z. B. Biowörter der Werbung wie *Bio-Äpfel*, *Bio-Bauer*, *Bio-Kost*, oder Bildungen, die gerade diese Art von Werbung und Konsum kritisieren, wie *Bio-Masche* oder *Bio-Trend*, und komplexe Ausdrücke wie *Biotechnik* und *Biotechnologie* bzw. *Gentechnologie*.

Aber mit Schlagwortbegriffen wie *Bio-Waffen*, *Bio-Welt*, *Biogefahren*, *atomare Entsorgung*, *atomarer Störfall*, *Atomspirale*, *Atomstaat* oder *nuklearer Holocaust* wird, wie schon mit *Gentechnologie* (und

erst recht mit *Genmanipulation*), eine andere Seite, die Schattenseite, unserer Welt gezeigt, die von ernsthaften Gefahren und furchtbaren Katastrophen bedroht ist und sich insgesamt in eine Risikowelt gewandelt hat.

Diesen Wörtern, mit denen mehr als nur Oberflächeneffekte verbunden sind, die vielmehr den Lebensnerv unserer Gesellschaft berühren und in denen man Kristallisationspunkte des Zeitbewußtseins sehen könnte, gilt hier das besondere – auch sprachkritische – Interesse.

Aktuelle sprachliche Tendenzen sind – wie zu vermuten – meist eng mit brisanten gesellschaftspolitischen Themen verknüpft, die die Öffentlichkeit bewegen oder verunsichern. Symptomatisch ist nun, daß zahlreiche dieser Themen (z. B. Atomrüstung, Kernenergie, Umweltzerstörung, Vergangenheitsbewältigung, Zukunftssicherung) dazu neigen, in bestimmten Formen oder Textsorten der öffentlichen Kommunikation ritualisiert zu werden, z. B. in der Form von »Diskussionen« und »Debatten«: So spricht man von der »Historikerdebatte«, »Abrüstungsdebatte/Debatte um die Nachrüstung«, »Debatte um die Gentechnologie« oder von der »Debatte über die Vergangenheitsbewältigung« bzw. »Debatte um die Historisierung des Nationalsozialismus« usw.

Als andere, weitaus schärfere, ebenfalls häufig in den Medien inszenierte Kommunikationsform oder Gesprächssorte ist der »Streit« in unserer Gesellschaft wieder zu Ehren gekommen. Man spricht hier vom »Historikerstreit«, vom »Parteienstreit«, von einem »semantischen Streit oder Kampf« und allgemein vom »Meinungsstreit«, beschwichtigend und beschwörend aber auch von einer »friedlichen Streitkultur« (Die Zeit 6.5.1988, S. 2).

Alle diese Formen des Streits, die auf der sprachlichen Ebene ausgetragen werden, haben wesentlich mit der politischen Kultur, besonders mit der politischen Sprachkultur, in einem Lande zu tun. Und derzeit scheint es um Sprachkultur und Stil in unserem Land, betrachtet man beispielsweise das Parlament, schlecht bestellt. Mit Recht fragt ein Kritiker:

Wo ist die rhetorische Kultur unseres Parlamentes geblieben? Die Rede-Wende hat schon vor der politischen »Wende« (im Jahre 1982) begonnen ... [Die großen Rhetoriker von ehemals] haben einer Generation politischer Manager Platz gemacht, für die der Umgang mit der Sprache mehr einen Sachzwang als eine Stilfrage darstellt. (Mannheimer Morgen, 1. 12. 1988, S. 51)

Was heißt nun »Wörter im Meinungsstreit«? Mindestens zweierlei: Einmal »Streit oder Kampf mit Wörtern«, also mit den sogenannten Streit-, Feind- oder Stigmawörtern, mit denen der Gegner herabgesetzt, diffamiert und vom Platz gestellt werden soll. Zum anderen »Streit um Wörter«, also um die Bedeutungen der sogenannten Leit- oder Fahnenwörter, um deren Besetzung konkurrierende Parteien und gesellschaftliche Gruppen allezeit bemüht sind.

Beide Formen des öffentlichen Meinungsstreits treten häufig kombiniert auf: Im Kampf mit den Wörtern wird zugleich über die Bedeutungen dieser Wörter gestritten, zu denen es offenbar unterschiedliche Meinungen oder Wissensvoraussetzungen gibt, wie das folgende Beispiel deutlich macht:

»Betrug mit der Sprache« warf Wallmann allen Kernenergiegegnern vor, die nach Tschernobyl von einem »Super-GAU« sprächen, aber wissen müßten, daß schon der »größte anzunehmende Unfall« (GAU) wegen seines Superlativs keiner Steigerung mehr fähig sei. Fischer mußte ihn darüber aufklären, daß unter Experten der GAU lediglich für jenen »größten anzunehmenden Unfall« steht, gegen den die Sicherheitseinrichtungen einer Atomanlage noch ausgelegt sind. Unter »Super-GAU« werden die darüber hinausgehenden Gefahren verstanden. ... Genau dieser Fall war allerdings in Tschernobyl eingetreten. (Frankfurter Rundschau, 28. 10. 1987, S. 6)

Hier streiten sich zwei politische Gegner über die – wie man heute so sagt – »Akzeptanz« der Atomenergie bzw. über die richtige Einschätzung der Gefahren, die die Nutzung der Atomenergie mit sich bringt, indem sie über die Bedeutung der Wörter GAU und Super-GAU streiten¹.

Die beiden folgenden Beispiele zeigen noch eine andere Seite des Meinungsstreits:

Sie agitieren bei wilden Streiks, besetzen Wohnungen, stürmen Rathäuser, und einige berauben Banken. Ihr Ziel ist eine brüderliche Gesellschaft, eine idyllische Welt. Sie nennen sich Maoisten, Trotzisten oder Kommunisten. Man nennt sie Chaoten. Sie sind Anarchisten. (Spiegel, 10. 9. 1973, S. 150). *Zumindest aber erwarten wir, daß künftig Sie [Augstein, Herausgeber des Spiegel] und auch die SPIEGEL-Redaktion, wenn sie von Terroristen oder Chaoten sprechen wollen, diese auch Terroristen und Chaoten nennen und nicht etwa Anarchisten. Wir müßten das hinfort als bewußte Verleumdung betrachten.* (Mackay-Gesellschaft (Hrsg.): Offener Brief an Rudolf Augstein, der Herrschaft und Knechtschaft für notwendig hält. Freiburg 1975, S. 16)

Hier wird ein und dieselbe Sache, eine bestimmte politische Gruppe, sprachlich unterschiedlich gefaßt und interpretiert: Neben Selbstbezeichnungen wie *Maoisten* oder *Kommunisten* wird die negativ wertende Fremdbezeichnung *Chaoten* und die (nach Einschätzung des Sprechers) »richtigere« Bezeichnung *Anarchisten* auf diese Gruppe angewendet. Selbst- und Fremdeinschätzungen führen, wenn sie miteinander konkurrieren, zur Anwendung unterschiedlicher sprachlicher Ausdrucksmittel. Verschiedener Wortgebrauch ist demnach Zeichen der unterschiedlichen Interpretation von Gegenständen bzw. Personengruppen; die jeweils positive oder negative Bewertung des Bezeichneten kommt implizit mit dem Wortgebrauch zum Ausdruck².

Solche politischen Einschätzungen und Bewertungen von Personen der Kultur- und Politzszenen mit immer den gleichen diffamierenden Ausdrücken (vgl. Anarchismus, Faschismusvorwurf) sind in der Bundesrepublik seit dem Ende der 60er Jahre anscheinend Tradition geworden:

Da hat ... ein Mann ... ein Buch unter dem Titel »Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt« publiziert. International bekannte Autoren wie

Böll, Grass oder Enzensberger werden hier als geistige Initiatoren anarchistischer ... Tendenzen denunziert und in die Nähe des Terrorismus gerückt. (Mannheimer Morgen, 9. 5. 1988, S. 32)

Kohl: Gesinnung der Grünen faschistisch [Überschrift] (Rhein-Neckar-Zeitung, 4. 6. 1987, S. 2)

Die Beispiele zeigen, daß der Streit um Wortbedeutungen und der Streit um die angemessenere von mehreren Bezeichnungsalternativen typisch ist für die öffentliche Diskussion über Themen, z. B. der Bereiche Umwelt und Politik und daß die Auseinandersetzung über umstrittene Gegenstände zugleich verknüpft ist mit der Auseinandersetzung über die dabei eingesetzten sprachlichen Ausdrucksmittel bzw. verknüpft ist mit dem Versuch, bestimmte interessenabhängige (d. h. die jeweils eigenen) Sprachregelungen im öffentlichen Sprachgebrauch durchzusetzen. Sprachregelungen in der Öffentlichkeit zu fixieren heißt also nichts anderes als bestimmte Wirklichkeitsdeutungen mittels Sprache durchzusetzen, indem man bestimmte sprachliche Ausdrücke zur Benennung politischer Ereignisse oder zur Charakterisierung von Personen(gruppen) bzw. bestimmte Verwendungsweisen dieser Ausdrücke verbindlich durchsetzt.

In allen Fällen des Meinungsstreits werden an diese Wörter, meist arrangiert in wirksamen Textsorten und Präsentationsformen, bestimmte Strategien geknüpft. Die Physiognomie der einzelnen Wörter selbst mag sich häufig wandeln, die Grundmuster der Auseinandersetzung und die dabei verfolgten Strategien bleiben, da erprobt, relativ stabil; nur die jeweiligen Interessen, Ziele oder die gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Kontexte ändern sich. So führt durchaus eine Linie von *Meinungsfreiheit*, *Öffentlichkeit* und *Transparenz* zu *Glasnost* und *Perestroika*, auch wenn die jeweils entworfenen Gesellschaftsbilder sich wandeln. Es wandeln sich auch die Sprachmuster der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und damit auch die Etiketten, mit denen man sie zu fassen versucht: Gegenüber der »Sprache der Revolutionsidee« in der APO-Zeit spricht man heute in den 80er Jahren einerseits von der »Sprache der Apokalypse« bei den Protestbewegungen, den Alternativen und Autonomen, andererseits von der »Sprache eines trotzigen Optimismus« (vgl. SPRACHREPORT 1/1988, S. 6) im Regierungslager oder von der »Sprache der konservativen Wende« bzw. des »Neokonservatismus«. *Sprache* wird dabei verkürzend und hypostasierend im Sinne von »signifikante Phänomene eines bestimmten gruppenspezifischen Sprachgebrauchs« verwendet.

Der Streit um Wörter und die dabei verfolgten Strategien – »Wortverwendungsstrategien« könnte man sie nennen – erhalten dort ihre besondere Brisanz, wo es um die Deutung von gesamtgesellschaftlichen Phänomenen und Entwicklungen im Bereich von Politik, Umwelt, Kultur usw. geht. Hier werden Wörter zu Meinungs- und Interpretationsvokabeln (z. B. *Risikogesellschaft*, *Restrisiko*, *Störfall*, *Verfassungs-*, *Nationalpatriotismus* oder *Struktur-* und *Wertkonservatismus*), die für alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen verfügbar sind. In den Sog der öffentlichen Diskussion gelangen solche Interpretationsvokabeln oft auf uneigentliche Weise, z. B. auf dem Weg über die Metaphorisierung.

»Metaphorisierung« soll deshalb als eine aktuelle Tendenz unserer gegenwärtigen Sprache gelten. Sie wird besonders evident am »Wort-Wechsel« zwischen der Fachsprache des Umweltbereichs und dem allgemeinen Sprachgebrauch (vgl. den nächsten Abschnitt; Metaphorisierung zeigt sich aber auch bei der sprachlichen Behandlung des Ost-West-Verhältnisses, vgl. weiter unten).

Umwelt als Metapher

Denn gerade im Zusammenhang mit der Diskussion von Problemen des Umweltbereichs ist deutlich eine Tendenz zur metaphorischen Verwendung von Fachausdrücken zu erkennen. Hier stehen jedoch nicht solche metaphorischen Ausdrücke im Blickpunkt, die aus anderen Bereichen in die Umweltsprache übernommen sind, z. B. die Redeweise von der *Algenpest*, *Algenblüte*, vom *Algenteppich* oder *schaumig geschlagenem Algeneiweiß*, von *Todes-* oder *Killeralgen* in der *Müllkippe* oder im *Friedhof Nordsee* (vgl. z. B. Die Zeit, 10. 6. 1988, S. 70).

Interessanter ist die umgekehrte Richtung. Hier kann man zwei Arten der Metaphorisierung unterscheiden³:

Erstens die umweltinterne Metaphorisierung: Sie ist innerhalb desselben engeren Themenbereichs zu beobachten, in dem auch die nichtmetaphorische (also die fachliche) Verwendung eines umwelt-spezifischen Ausdrucks vorkommt. Dabei verwenden Sprecher Ausdrücke wie GAU oder *Störfall*, um menschliche Handlungs- und Verhaltensweisen im Umgang mit eben dem realen Ereignis kritisch zu charakterisieren, auf das in der Sprache der Reaktortechnik mit GAU

oder *Störfall* Bezug genommen wurde. Typisch hierfür sind z. B. folgende Fälle:

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über einen sogenannten Störfall im Reaktor Hamm übt der Mannheimer Morgen (vom 3.6.1986) Kritik an der Informationspraxis des zuständigen Ministers mit der metaphorischen Schlagzeile *Informations-Störfall. Wie man der Bevölkerung Angst macht*. Und von einem *Informations-GAU* wurde schon hinsichtlich der Meldungen über die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gesprochen. Ebenfalls gerade jetzt im Zusammenhang mit der Beinahekatastrophe in Biblis formuliert Die Zeit (vom 9.12.1988, S. 19) die Schlagzeile *GAU des Vertrauens. Der Fall Biblis verschärft die Zweifel an der Kernkraft*.

In allen diesen Fällen ist Kritik am politischen Handeln offizieller Stellen, der Behörden oder der Reaktorbetreiber ein wesentliches Motiv für die metaphorische Verwendung besonders solcher Umweltausdrücke, die aus dem technischen oder administrativen Bereich herkommen (und die in der öffentlichen Auseinandersetzung zuvor bereits oft schon als euphemistisch, also als beschönigend, verharmlosend oder verschleiern kritisiert worden waren, z. B. *Störfall, Entsorgung, Entsorgungspark* oder *Restrisiko*). Gelegentlich kann man sich – bei aller Berechtigung dieser Kritik am Informationsgebaren – nicht des Eindrucks erwehren, ein sogenannter *Informations-GAU* erzeuge die Gemüter stärker als das als möglicher GAU eingestufte Ereignis selbst. *Information* ist das Zauberwort!

Immerhin werden durch diese Strategie der Metaphorisierung die technokratisch abgeschotteten Begriffe unmittelbar mit der Sphäre menschlicher Verantwortlichkeit verknüpft: *Informations-GAU* will ja sagen: wie ihr da informiert über einen (möglichen) GAU, das ist selbst ein größter anzunehmender Unfall. Ist erst einmal diese Analogie hergestellt, liegt es nahe, nicht nur den kommunikativen Umgang mit dem Ereignis, sondern auch seine Entstehungsbedingungen selbst zu hinterfragen. Das Faktum, daß die Verantwortlichen sich überhaupt die Möglichkeit von Störfall und GAU leisten, muß dann ebenso zur Debatte stehen wie die Informationspolitik, wenn der Fall eingetreten ist.

Eine besonders markante, gar nicht euphemistisch gemeinte, aber doch entlarvende Neubildung ist übrigens *Normalstörfall*, d. h. ein Störfall der Kategorie »Normal«, im Zusammenhang mit Biblis, wodurch die Öffentlichkeit mit einem weiteren Begriff aus dem Wörterbuch des Nuklearmenschen überrascht wurde (vgl. Die Zeit, 9.12.1988, S. 1 und 19). In diesen Kontext gehört übrigens auch die Metapher *Restrisiko Mensch*, mit der auf menschliches Fehlverhalten im Umgang mit Techniken und Stoffen von Atomenergieanlagen angespielt wird.

Von der umweltinternen ist die umweltexterne Metaphorisierung zu unterscheiden. Damit sind bildliche oder übertragene Verwendungen von Ausdrücken aus dem Umweltwortschatz gemeint, bei denen der ausdrückliche Bezug auf ein bestimmtes Umweltthema fehlt. Für diese Art der Metaphorisierung hat der sogenannte Historikerstreit (von 1986) das Schlagwort von der *Entsorgung der Vergangenheit* geliefert. Analog dazu sprach man ein Jahr später während der Auseinandersetzung um die Ausgrabungsfunde des Frankfurter jüdischen Gettos vom *Restrisiko Geschichte*⁴:

Später schrieben Kundgebungsteilnehmer auf, was sie von der Börneplatz-Mauer halten. Die Wandparolen reichen von »Glasnost« (Durchschaubarkeit) über »Restrisiko Geschichte« bis zur »Geschichtsentsorgung«.[zur weitgehenden Zerstörung der Überreste des Frankfurter jüdischen Gettos durch städtische Bauvorhaben] (Frankfurter Rundschau, 7. 9. 1987, S. 12)

In ähnlichen Kontexten wird auch der Fachausdruck *Alllasten* (eigentlich Bezeichnung für verseuchte Bodenflächen bzw. für die Giftstoffe im Boden selbst) zunehmend metaphorisch außerhalb der Umweltdiskussion verwendet:

Alllasten I [Überschrift] ... Kriegsvorgang des ... Kurt Waldheim ... Alllasten II [Überschrift] ... der Abzug der sowjetischen Interventionstruppen aus Afghanistan ... Alllasten III [Überschrift] ... ein Weg [für die FDP] ... die Alllast der Unglaubwürdigkeit abzuschütteln. (Die Zeit, 12. 2. 1988, S. 1) Die technologischen Fehlentwicklungen von heute seien die Alllasten von morgen, sagte Breitschwerdt [Daimler-Benz-Chef]. (Süddeutsche Zeitung, 7. 2. 1987, S. 36)

Dabei sind eine rückwärtsgewandte (in die ökologische und politische Vergangenheit weisende) und eine zukunftsorientierte Perspektive zu unterscheiden, beidemal mit der (gefährdeten) Gegenwart als gemeinsamem Fluchtpunkt:

Einerseits wird *Alllasten* verwendet, um ein bestimmtes Problem der Gegenwart, das als Belastung, als Hypothek empfunden wird, als

in der Vergangenheit verursacht zu charakterisieren (man denke an »Sünden der Vergangenheit«): Verantwortliche haben, so legt die Analogie nahe, in der Vergangenheit eigennützig oder kurzsichtig gehandelt und nicht vorausschauend oder verantwortungsbewußt. Mit *Alllasten* werden damit zugleich die Handlungen bestimmter Personen und indirekt die Personen selbst moralisch negativ bewertet.

Gelegentlich wird mit der metaphorischen Verwendung von *Alllasten* auf die nationalsozialistische Vergangenheit angespielt (vgl. das erste der beiden letzten Zitate). Diese *Assoziation wird durch die Sinn- und Lautähnlichkeit mit Wörtern wie Erblast und Erbschuld sowie durch die Verbindungen Last, Bewältigung, Aufarbeitung der Vergangenheit nahegelegt, die alle mit Ausnahme von Erbschuld sowohl mit Bezug auf die politisch-historische als auch auf die ökologisch-technische Vergangenheit gebraucht werden*⁵.

Andererseits wird *Alllasten* in Wendungen wie *Alllasten von morgen* oder *Alllasten der Zukunft* (vgl. das zweite der beiden Zitate) metaphorisch verwendet, um für bestimmte Zukunftsprobleme oder Probleme der gesamten Menschheit zu sensibilisieren und an alle, besonders die jeweils Verantwortlichen, zu appellieren, in der Gegenwart doch uneigennützig, weitsichtiger und verantwortungsbewußter zu handeln.

An diesen verschiedenen Formen der Metaphorisierung von Fachausdrücken aus dem Umweltbereich wird deutlich, daß die besondere und perspektivisch neue, von Vernunft und Moral geprägte Sehweise auf alle möglichen Gegenstände und Sachverhalte, die durch das Umweltthema öffentlich erst geschaffen wurde, nicht auf spezifische Themen des Umweltbereichs begrenzt bleibt, sondern weit darüber hinausgeht und das öffentliche Bewußtsein der 80er Jahre und damit auch eine Tendenz der Gegenwartssprache bestimmt: Negativ besetzte Schlagwörter wie *Alllasten, Störfall* oder *GAU*, die den sorglosen Umgang mit Umwelt und Natur kritisieren, sind besonders geeignet, jedwedes unsorgsame, folgenreiche, gefahrbringende menschliche Verhalten im öffentlichen Bereich zu charakterisieren, eben weil Umweltzerstörung zur Metapher für die Risikogesellschaft geworden ist, wie die abschließenden Beispiele zeigen sollen:

Schon macht das Wort vom »Tschernobyl der Meere« die Runde ... Falls es zum »Nordsee-GAU« kommt, kann niemand behaupten, er habe nichts gewußt. (Mannheimer Morgen, 1. 6. 1988, S. 2)

Der Fall Barschel ist kein Super-GAU, nur ein kleiner »Störfall«, doch macht er klar sichtbar, mit welcher latenten Bedrohung man auch in Demokratien zu rechnen hat. (Die Zeit, 12. 2. 1988, S. 42)

[Wir] lesen in der Frankfurter Rundschau, das britische Royal College of Physicians habe das weltweite Rauchersterben ... als den Holocaust unserer Tage bezeichnet. Ein Holocaust also. Gibt es eigentlich ein stärkeres Wort, eines, das die Massenselbstvernichtung durch Glimmstengel noch ... angstschweißtreibender beschreibt? Der »bronchiale Super-GAU« vielleicht? (Die Zeit, 16. 12. 1988, S. 64)

Von »Nachrüstung« zu »Glasnost«

Die mit Gorbatschows »Neuem Denken« – vielleicht ist dies bereits eines der neuen Schlagwörter (einer Verbindung mit dem Adjektiv *neu* wie bei *Neue Rechte, Neue Linke, Neuer Nationalismus* usw.) – ausgelöste Fastrevolution und weltpolitische »Wende« im Ost-West-Verhältnis und in der sowjetischen Innenpolitik hinterläßt markante Spuren im politischen Vokabular und in der sprachlichen Auseinandersetzung. Hier können – frei nach Marx – die Begriffe zu tanzen beginnen.

Betrachten wir zunächst die militärische Seite: Das INF-Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenraketen und die sich anschließende Diskussion hat das Wortfeld der Entspannungsbegriffe und Metaphern um eine neue Note bereichert: Die *Doppel-Null-Lösung* hat der sogenannten *Nachrüstung* im Mittelstreckenbereich ein Ende gesetzt. Nur Allzukritische denken da noch daran, daß der Begriff *Nachrüstung* auch im Sinne von »Aufrüstung« gelesen werden konnte und daß *Doppel-Null-* – entgegen der naheliegenden Assoziation, daß ein doppelt genähtes Null an nuklearer Abrüstung nun wirklich so viel bedeutet wie keine Nuklearwaffen – noch immer durch eine Dreifach-Null (0-0-0) übertroffen werden müßte, wenn auch die Raketen mit einer Reichweite unter 500 Kilometern abgebaut werden sollten. (Nur nebenbei bemerkt: Solche verharmlosende Bildungen mit *Null-* als erstem Wortbestandteil, z. B. bei *Nullbelastung* oder *Nulltoleranz* als Gegensatzwörtern zu *Restrisiko*, oder Ausdrücke wie *Nachrüstung* (Mannheimer Morgen, 5./6.1.1989, S. 1, im Zusammenhang mit Biblis) sind inzwischen auch im Umweltbereich üblich geworden.)

Signalisieren *Doppel-Null* und das andere Stichwort von der *gemeinsamen Sicherheit* (Gorbatschow) den positiven Aspekt, nämlich den Entspannungsfortschritt, also das Ende des Rüstungswettlaufs, so ist es doch aufschlußreich, daß der negative Aspekt, die Entspannungskepsis, mit einer sehr viel größeren sprachlichen Variationsbreite aufwarten kann:

Verteidigungsminister Scholz beklagt das »schwächer werdende Bedrohungsbewußtsein«. Das ist ebenso unlogisch wie die Absicht, den Wegfall der Mittelstreckenraketen durch »Modernisierung« kompensieren zu wollen ... Dennoch meint Scholz, der Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus sei in Moskau »immer noch gültiger Glaubenssatz der Ideologie«. Dabei wird doch Perestrojka von Gorbatschow gerade mit dem Scheitern des Systems begründet. (Die Zeit, 2. 12. 1988, S. 1)

Da wird von Verteidigungsminister Scholz das *schwächer werdende Bedrohungsbewußtsein* beklagt. Dieser Parole wird dann im Meinungsstreit die Frage entgegengehalten, ob nicht an der ganzen »Bedrohungsvorstellung«, also am Feindbild selbst, gearbeitet werden müsse. Der Reflexionsprozeß über ein propagandistisch – also auch mit Mitteln der Sprache – erzeugtes »Bild« von Freund und Feind ist ebenso sichtlich in Gang gekommen wie andererseits ein zähes Festhalten an diesen Bildern festzustellen ist. In den Zusammenhang dieses Reflexionsprozesses gehört auch die DDR-Redeweise von der *Bedrohungslüge* als Bezeichnung für die Anschuldigung, die Warschauer-Pakt-Staaten bedrohten den Westen mit militärischer Überstärke. *Bedrohungslüge* soll übrigens – wie Ermittlungen der Gesellschaft für deutsche Sprache ergeben haben – zu den beliebtesten Wörtern des Jahres 1988 in der DDR gehören (vgl. Mannheimer Morgen, 31. 12. 1988, S. 1).

Der Dreh- und Angelbegriff auf der Seite des Entspannungskepticismus ist aber vor allem die Redeweise von der *Modernisierung* der verbliebenen nuklearen Kurzstreckenwaffen: Obwohl ein Beschluß zu einer solchen Modernisierung bereits 1983 auf der NATO-Konferenz in Montebello gefallen ist, ist keineswegs eindeutig umrissen, was *Modernisierung* überhaupt heißt. Auf die Frage *Was heißt »modernisieren«? Die Reichweiten verlängern?* antwortet Volker Rühle, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion in einem Zeit-Interview vom 5. 2. 1988: *Nein, nicht unbedingt. Es gibt eine Reihe von Modernisierungsentscheidungen, die im Kurzstreckenbereich und bei den Flugzeugen anstehen.*

Modernisierung ist somit ein typisches Beispiel für schwammige, beliebig interpretierbare militärpolitische Vokabeln, die letztlich dieselben militärischen Fakten beschreiben können wie *Neue Rüstung*, *Nachrüstung*, *Umrüstung* und *Aufrüstung*, die es aber als weiche Vokabeln den jeweiligen Verfechtern des Konzeptes erlauben, jede solche harte Assoziation energisch zurückzuweisen.

Vokabeln, die durchaus geeignet sind, eben jenes »mangelnde Bedrohungsbewußtsein« zu befördern, man könnte auch sagen, Ängste zu schüren, sind die Warnung vor einer *atomaren Sonderbedrohung der Deutschen* im Gefolge der Mittelstreckenabrüstung oder die Warnung vor einer *drohenden Singularisierung* der Bundesrepublik (so Alfred Dregger in Die Zeit, 12. 2. 1988, S. 1).

Wie paradox hier argumentiert wird, kommt in der auch sprachlich absurden Parole *Je kürzer die Raketen, desto toter die Deutschen* (Volker Rühle) zum Ausdruck. Als wäre man bedroht, wenn nur noch ein Gewehrlauf auf einen gerichtet ist statt vorher drei – nur weil mit den anderen beiden außer einem selbst auch noch andere hätten getroffen werden können. Ganz abgesehen davon, daß der Gewehrlauf »Kurzstreckenraketen« auch andere als die Deutschen trifft und daß wir ohnehin von einem breiten Spektrum an anderen atomaren Waffensystemen zusätzlich »bedroht« sind.

Der umstrittene Ausweg aus dieser unechten »Sonderbedrohung« führt in zwei mögliche Richtungen: Modernisierung der Kurzstreckenraketen oder ihr Abbau. Vor letzterem wiederum warnt die britische Premierministerin mit einer schönen Metaphorisierung der Kurzstreckenraketen zur *Brandmauer* gegen den Osten (Die Zeit, 12. 2. 1988, S. 1). Die Metapher von der *Brandmauer* hatte übrigens schon Außenminister Genscher im innenpolitischen Bereich gebraucht, als er die Verschärfung des Vermummungsverbotes *das Einziehen einer Brandmauer* (sozusagen zwischen friedlichen Demonstranten und Gewalttätern) nannte (Mannheimer Morgen, 14. 12. 1987, S. 3).

Im nichtmilitärischen Bereich prägt ein Begriff die europäische Wunschvorstellung zur Ost-West-Beziehung in der Ära Gorbatschow: der Begriff vom *gemeinsamen europäischen Haus* (z.B. Die Zeit, 17. 6. 1988, S. 1). Wie alle übrigen griffigen Neuprägungen in der neuen Phase des Ost-West-Verhältnisses geht auch diese Metapher auf die »andere« Seite zurück – dem hatte, so scheint es, als markante Redeweise der Westen nur »das Reich des Bösen« entgegenzuhalten.

Das Bild vom europäischen Haus oder sein bedeutsames Detail, »das gemeinsame Dach für Europa«, wurde insbesondere auf der Potsdamer Tagung des »Instituts for East West Security Studies« im Juni 1988 phantasievoll ausgestaltet: da ist von seinem *Grundriß* die Rede (*vom Atlantik bis zum Ural*), von seiner *Hausordnung* (*die KSZE-Schlußakte*), von *guter Nachbarschaft* unter den Hausbewohnern, aber auch von der *Sicherheitspolizei*, die aus den Kellern verschwinden müsse (Die Zeit, 17. 6. 1988, S. 1).

Mit Sicherheit am erfolgreichsten aus dem Bereich der Ost-West-Sphäre ist jedoch das Schlagwort *Glasnost* und *Perestrojka*. Längst werden beide nicht mehr nur auf die Umgestaltung sowjetischer Verhältnisse angewendet.

Dabei kann man eine politisch brisante Verwendung von einer Verwendung, die eher in Richtung Modewort weist, unterscheiden: Politisch brisant sind Wort und Sache, wenn es um Ostblockgesellschaften geht, deren politisches Regime dem Gorbatschowschen Reformkurs offen oder verdeckt Widerstand entgegensetzt. Wenn Bürgerrechtler oder Friedensgruppen in der DDR sich *mit Glasnost gegen die alte Garde* (Die Zeit, 5. 2. 1988, S. 13), also gegen die *Altgenossen im Politbüro* (Spiegel, 5. 9. 1988, S. 102), stellen, dann können sie mit diesem *vielschillernden Schlagwort* (Die Zeit, ebd. S. 15) Dialogbereitschaft gegenüber Andersdenkenden, Abschied von Willkürentscheidungen der Staatsmacht, aber auch Offenheit und Kritikfähigkeit gegenüber dem eigenen Machtapparat und der stalinistischen Vergangenheit einfordern. Ihnen wird dann der sogenannte »Anti-Glasnost-Satz« von Kurt Hager entgegengehalten: *Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?* (Die Zeit, ebd. S. 15). Womit wir wieder bei der Inneneinrichtung eines befriedeten Europas bzw. wieder bei der Metapher vom »gemeinsamen europäischen Haus« wären.

Zu dieser brisanten Verwendungsweise von *Glasnost* und *Perestrojka* gehört auch, wenn z.B. mit *Glasnost* in Peking die Öffnung und Entkrustung der chinesischen Gesellschaft angesprochen wird.

Dagegen meint es wohl der Junge-Union-Vorsitzende (CSU) nicht gar so ernst, wenn er *Perestrojka* und *Glasnost* in der CSU fordert (Spiegel, 27. 6. 1988, S. 50). Hier stehen beide Schlagwörter nur noch für »neuen Wind« und was sie als Modewörter attraktiv macht, ist die geliebte Faszination der geplanten Umgestaltung einer gänzlich anders gearteten politischen Sphäre. Ähnliches gilt auch, wenn vom *erfreulichen Wind von Perestrojka in der Gewerkschaftsbewegung* die Rede ist (Die Zeit, 6. 5. 1988, S. 35) oder wenn Anna Jonas Mitgliedern des Verbandes deutscher Schriftsteller vorwirft, sie hätten *Glasnost auf den Lippen und Stalinismus im Stiefel* (Die Zeit, 16. 12. 1988, S. 53). Immerhin geht es dabei noch um Fragen des politischen Stils. *Glasnost* und *Stalinismus* stehen für gegensätzlich bewertete Extreme politischer Kultur. Der Verfremdungseffekt, der durch die Bezugnahme auf ursprünglich nicht gemeinte Sachverhalte entsteht (deutscher Schriftstellerverband versus politische Führung der UdSSR), nimmt der Polemik nicht ganz die Schärfe.

Auf eine Art Trittbrettfahreneffekt hingegen setzen Werbeleute, wenn sie etwa mit mehr *Glasnost* für ihre Fensterscheiben werben oder wenn – wohl satirisch – die Verlage Ullstein und Langen-Müller für *Sexnost*, *Erotojka* und *Sexystroika* Titelschutz in Anspruch nehmen (Spiegel, 26. 12. 1988, S. 178).

Nach Ermittlungen der Gesellschaft für deutsche Sprache gehört die Mischbildung (oder Mißbildung) *Glastroika* zu einem der beliebtesten Wörter (Mißwörter?) des Jahres 1988 (Mannheimer Morgen, 31. 12. 1988, S. 1).

Zum sprachlichen Umgang mit *Glasnost* und *Perestrojka* ist noch zu vermerken, daß *Perestrojka* – ohnehin häufiger verwendet – grammatisch stärker ins Deutsche integriert ist als *Glasnost*. Problemlos wird von »der Perestrojka« gesprochen, bei *Glasnost* herrscht bezüglich Artikelsatzung und Genus eher (noch) Unsicherheit. Ein Stamplatz in künftigen Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache ist beiden Schlagwörtern wohl sicher.

Asylant: Stichwort eines latenten Rassismus?

Der politische Umgang mit Nichtdeutschen, sogenannten Ausländern, also Angehörigen anderer Nationalitäten und Rassen, gehört zu einem der traurigsten und empfindlichsten Kapitel der jüngeren deutschen Vergangenheit – und offenbar auch der Gegenwart.

Dieser häufig kritisierte, ebenso häufig aber einfach hingegenommene oder gar geforderte politische Umgang mit Ausländern hat sich sprachlich z.B. im Umgang mit dem Wort *Asylant* niedergeschlagen; das zeigt der kurze Steckbrief des Schlagwortes *Asylant* im Wörterbuchstil (s. Kasten)⁶:

Asylant ist ein in allerjüngster Zeit (ca. 1980) aus *Asyl* und der Nachsilbe *-ant* geprägtes Wort. Dabei soll die Endung auf *-ant* vermutlich in vielfältigen Assoziationen vom Bummelanten bis zum Querulanten auf den »schlechten« Charakter der so bezeichneten Person hinweisen. Denn viele *ant*-Substantive, die ohne Ausnahme Personenbezeichnungen sind, werden häufig abwertend, manchmal sogar als Schimpfwörter verwendet.

Mit dem Ausdruck **Asylant** werden Personen charakterisiert, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ihr Heimatland verlassen (müssen), weil sie, nach Einschätzung des Sprechers oft nur vorgeblich, dort politisch verfolgt, unterdrückt oder gefoltert werden und in einem anderen Land um Asyl bitten, sich um das Asylrecht bewerben, d.h. in dem betreffenden Land um Zuflucht, Schutz und unbefristeten Aufenthalt nachsuchen.

Personen sollen also besonders dann mit **Asylant** negativ gekennzeichnet werden, wenn das Motiv des politisch Verfolgterwerdens (im eigenen Land) vom Sprecher angezweifelt oder als unwahr eingeschätzt wird.

Zur Betonung des heute in der Bundesrepublik offenbar als negativ eingeschätzten brisanten politischen Sachverhalts der Asylrechtfrage scheinen die eher positiv besetzten Ausdrücke *Asylbewerber*, *Asylsuchender*, *Emigrant* oder *politischer Flüchtling* vor allem im amtlichen Sprachgebrauch und in Politikeräußerungen durch das abschätzige **Asylant** weitgehend verdrängt zu werden.

Gerade bei der Frage der Ausländerpolitik lassen sich sprachlich die unterschiedlichen Positionen im Meinungsstreit relativ klar markieren. Beginnen wir mit Kontexten, die eine restriktive Einstellung in dieser Frage deutlich erkennen lassen.

Hier fallen zunächst Zusammensetzungen auf wie *Asylantenstrom*, *Asylantenschwemme*, *Asylantendruck*, *Asylantenflut*, *Asylantenlawine*, *Asylantenzeitbombe* oder *Asylantenspringflut*, mit denen die Einwanderung als Naturkatastrophe dargestellt wird. Im Bild bleibt man, wenn gegen die Asylantenflut »Dämme« errichtet werden sollen (Mannheimer Morgen, 7.9.1985, S. 2, Schlagzeile: *Dämme gegen die Asylantenflut*) oder wenn eine *Überschwemmung durch Ausländer* beklagt wird.

Abblockung von Asylbewerbern an der Grenze (so Lothar Späth) und *Abschottung* der Bundesrepublik ihnen gegenüber sind zwei weitere Parolen aus dem Vokabular der Katastrophenschützer und Schadensbegrenzer. Geht es darum, diese restriktive Position zu begründen, so gibt es mehrere Strategien, und unterschiedliche für diese Strategien stehende Schlagwörter:

Da wird zum einen mit den Schlagwörtern *Scheinasylant* und *Wirtschaftsasylant* unterstellt, daß die rechtliche Begründetheit für die Gewährung des Asylrechts (also politische Verfolgung) für einen Großteil der Asylbewerber nicht vorliege. In entsprechenden Argumentationen wird dann den Asylbewerbern jede politische Motivation als nur vorgeschoben abgesprochen und das Bekenntnis eines Asylsuchenden, daß auch die unzumutbare wirtschaftliche Lage im eigenen Land, d.h. die Schwierigkeit, dort sein Leben zu fristen, eine Rolle gespielt habe, wird bereits zum Sündenfall. Übergangen wird dabei, daß diese Menschen oft unter Gefahr für Leib und Leben aus ihren Heimatländern fliehen und daß sie hier (in der Bundesrepublik) ja keineswegs ein Schlaraffenland erwartet: langwierige Asylverfahren, keine Arbeitsmöglichkeit, Leben an der Armutsgrenze, in schlechten Wohnbedingungen und oft in einer indifferenten bis feindlichen Umgebung. *Scheinasylant* und *Wirtschaftsasylant* bieten auch ein bequemes Erklärungsmuster dafür, daß die Bundesrepublik ja oft beste Beziehungen zu den Staaten unterhält, aus denen die Flüchtlinge kommen. Wenn diese ja nur zum Schein oder aus wirtschaftlichen Gründen das Asylrecht in Anspruch nehmen, dann erübrigt sich die kritische Frage, wie es denn möglich sei, daß (mit der BRD befreundete) Regierungen Teile ihrer Bevölkerung brutal unterdrücken, ohne daß dies unserer Freundschaft zu ihnen Abbruch täte. Der Bundesrepublikaner kann dann bei seiner Vorstellung bleiben, diese Personen hätten die mit der Entwicklungshilfe angeblich gebotene Chance, in Eigenleistung ihren Unterhalt in ihren Ländern zu verdienen, nicht genutzt.

Zum anderen wird formal-rechtlich argumentiert. Da heißt es dann, die Bundesrepublik Deutschland sei kein »Einwanderungsland« oder es wird auf die kommende EG-einheitlichen Richtlinien verwiesen, die mit Sicherheit restriktiver sein werden und die als Vorläufereffekt bereits jetzt schon die Zahl der Bewerber in der noch immer im Verhältnis zu anderen EG-Staaten liberalen Bundesrepublik erheblich in die Höhe gehen ließen.

Oder es wird auf die große Zahl von Aussiedlern aus dem Osten hingewiesen, die aufgrund des Grundgesetzes Heimatrecht in der

Bundesrepublik genießen. Aussiedler und Asylanten werden somit argumentativ gegeneinander ausgespielt, obwohl doch in eben diesem Grundgesetz (Artikel 16, 2) steht: *Politisch Verfolgte genießen Asylrecht* und obwohl Carlo Schmid während der Beratungen dieses Grundgesetzartikels die eindringlichen Worte formulierte: *Die Asylrechtgewährung ist immer eine Frage der Generosität, und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben. Das ist die andere Seite davon, und darin liegt vielleicht auch die Würde eines solchen Aktes.*

Vor allem aber – und dies gilt für die allerjüngste Zeit besonders stark – werden immer ungenierter nationalistische oder gar rassistische Beweggründe artikuliert. Da wird, im Ton moderat, *die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters* beschworen (Zimmermann im Spiegel, 28.11.1988, S. 38) und vor einer Bedrohung der Homogenität der Gesellschaft gewarnt.

Wählt man die Worte etwas weniger moderat, so plädiert der Bundesinnenminister, wie der Spiegel ihn interpretiert, für die *Reinhaltung des deutschen Volkes* und man wird dann mit dem Spiegel feststellen, daß die dahinterstehende Geisteshaltung sich nicht so sehr von der im »Dritten Reich« unterscheidet. »Latenter Rassismus« – dafür sprechen auch folgende sprachliche Beobachtungen:

Während heute die positiven Assoziationen, die sich mit dem Begriff *politischer Flüchtling* einstellen, vorwiegend auf Ostblockflüchtlinge (Aussiedler, Übersiedler) bezogen werden, werden mit dem eher negativ besetzten Begriff *Asylant* meist Flüchtlinge aus Ländern der Dritten Welt, des Nahen Osten oder der Türkei bezeichnet, also Menschen anderen, »exotischen« Aussehens und dunkler Hautfarbe. Vielleicht wurde bereits mit dieser gezielten Verwendung des Wortes *Asylant* vor allem in den sprachfixierenden Medien auch auf eine latente Furcht vor Überfremdung, ausländischer Unterwanderung usw. spekuliert, um der Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, die vorher wenig Chancen gehabt hätte, psychologisch den Weg zu bereiten. Offensichtlich fiel dies auf einen Boden von (latentem) Rassismus, der sich seit der Kolonialzeit über die Rassenverfolgung der Nazis bis heute gehalten hat und der dadurch, daß Juden jetzt weitgehend ausgenommen werden, nichts an Überheblichkeit und Böswilligkeit eingebüßt hat. Und als Höhepunkt der moralisch begründeten Argumentation für eine Einschränkung des Asylrechts verstiegen sich dann Politiker zu folgender Mahnung: Das Asylantenproblem müsse gelöst werden, um Ausländerfeindlichkeit zu vermeiden. Das heißt im Klartext: Gastfreundlichkeit gegenüber Ausländern kann man nur solange erwarten, wie diese es tunlichst vermeiden, sie in Anspruch zu nehmen!

Nicht mehr latent ist der Rassismus in der (allerjüngsten) entlarvenden Formulierung, in der Stoiber vor einer *durchmischten und durchraßten Gesellschaft* warnt (man vgl. im Vokabular des Nationalsozialismus Wörter wie *Verrassung* und *Rassenschande*), als sei »Rassenreinheit« unser Ziel. So offen darf auch die sogenannte demokratische Rechte nicht formulieren, da setzt sofort das Demütigen und Zurücknehmen in den eigenen Reihen ein (z.B. Theo Waigel).

Aber die Formulierung steht im Raum, sie hat die Zielgruppe, für die sie gemünzt war, am rechten Rand des Wählerspektrums erreicht, hat ihre Schuldigkeit getan.

Dieser Parole setzt Geißler – wohl auch um das »linke« Wählerpotential der CDU auf dem Wege der Schadensbegrenzung anzusprechen – die Vision von der *multikulturellen Gesellschaft* als große Chance für ein Land in der Mitte Europas entgegen, er spricht von *republikanischer Öffnung* statt von *nationaler Abschottung* (vgl. Die Zeit, 28.10.1988, S. 9). *Multikulturelle Gesellschaft*, ein Begriff, der von Geißler offenkundig mutig positiv besetzt wurde. Der Begriff selbst läßt diese positive Besetzung auch zu, anders natürlich als *durchmischt* und *durchraßt*. Aber ist er nicht ambivalent, ist er nicht auch offen für eine negative Besetzung? So spricht der Spiegel, wieder mit Bezug auf Zimmermann, von dem wir ja wissen, daß er vorsichtiger formuliert, aber wohl dasselbe meint wie sein Parteikollege Stoiber, von dem *Schreckbild einer multikulturellen oder gar multinationalen Gesellschaft*.

Schreckbild und Vision: so Unterschiedliches kann im Meinungsstreit mit ein und demselben Begriff entworfen werden.

Ist es da nicht ein gutes Omen, daß *durchraßt* als eines der »Reizwörter« des Jahres 1988 ermittelt wurde? (Mannheimer Morgen, 31.12.1988, S. 1).

»Post-Risiko-Gesellschaft«

Letzter Themenkreis sei der Blick auf bestimmte Erscheinungen reflektierenden Sprachgebrauchs, also eines Diskurses, bei dem Versuche zur Analyse und Erklärung des Zustandes unserer Gesellschaft und zur Deutung globaler Entwicklungen unternommen werden.

Drei Begriffsnetze, die untereinander zusammenhängen, scheinen diesen Diskurs gegenwärtig zu prägen:

Das Netz um *-gesellschaft* (als zweitem Bestandteil von Zusammensetzungen), das um *Risiko/-risiko* (als erstem oder zweitem Glied von Zusammensetzungen) und das um die produktive Vorsilbe *Post-/post-*.

Wichtig ist dabei, daß die Begriffe nicht im esoterischen Soziologojargon verbleiben, sondern durchaus – etwa über die Medien oder auch über bestimmte politische »Vordenker« (man denke an Oskar Lafontaine) – in die allgemeinere, zumindest in die »gebildete« öffentliche Diskussion eindringen.

Der Kreis um *Risiko/-risiko* gehört zumindest in einigen seiner Bildungen ohnehin zur gegenwärtigen sprachlichen Grundausstattung. Bildungen mit dem Grundwort *-gesellschaft*, also etwa *Industriegesellschaft*, gehören naturgemäß in das Deutungsvokabular jeder modernen Epoche.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch die derzeitige Frequenz und Konjunktur dieser Begriffe. Da werden uns mit Bezug auf ein und dieselbe, diese unsere Gesellschaft oder für den »Patienten Gesellschaft« (H. E. Richter in *Die Zeit*, 8.4.1988, S. 14) die Diagnose *Kultur-, Informations-, Kommunikations-, Arbeits-, Leistungs-, Freizeit-, Zukunfts-, Konsensus-* und vor allem *Risikogesellschaft* angeboten.

Dabei sind die Beziehungen zwischen den einzelnen Begriffen durchaus unterschiedlich: Die Zukunftsgesellschaft wird gewiß nicht mehr nur Arbeitsgesellschaft sein (vgl. Lafontaine: Die Gesellschaft der Zukunft), wie dies die gegenwärtige Gesellschaft sicher ist, die gleichzeitig aber vor allem eine Risikogesellschaft ist usw. Sicher, dies zeigt schon eine oberflächliche Betrachtung, je ratloser die Diagnostiker, je unsicherer die Diagnosen, desto inflationärer das diagnostische sprachliche Angebot.

Eine Zusammensetzung ragt mit Sicherheit aus der modischen Legion heraus: *Risikogesellschaft!* Sie trifft den Nerv der Zeit. Durch diesen Begriff erhält die gesamtgesellschaftliche Lebenssituation ihre aktuelle Deutung.

Da lohnt es sich auch, auf die Bestimmung des Begriffs bei Ulrich Beck⁷ zurückzugreifen, selbst wenn deren Komplexität im Schlagwortgebrauch kaum vergegenwärtigt wird: Beck grenzt die Risikogesellschaft von der Industriegesellschaft, aus der sie durch Modernisierung hervorgeht, durch den Vergleich von *Reichtumsproduktion* und *Risikoproduktion* ab. Während in der Industriegesellschaft die »Logik« der Reichtumsproduktion die »Logik« der Risikoproduktion dominiert, schlägt in der Risikogesellschaft dieses Verhältnis um. Die Produktivkräfte haben in der Reflexivität von Modernisierungsprozessen ihre Unschuld verloren. Der Machtgewinn des technisch-ökonomischen »Fortschritts« wird immer mehr überschattet durch die Produktion von Risiken. Eben diese Risiken gewinnen in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen eine neue und zentrale Bedeutung (vgl. Beck, S. 17f.).

Die Risiken selbst sind bekannt: Risiken des technologischen Fortschritts (z. B. die Gentechnologie und die dort entwickelte Reproduktions- oder Fortpflanzungsmedizin), nukleare Risiken, Risiken der Umweltzerstörung und ihre Folgerisiken z. B. für die Ernährung oder den Naturhaushalt (Stichwort *Ozonloch*), Risiken des Bevölkerungswachstums, das Risiko der AIDS-Erkrankung usw.

Die gesellschaftliche Reaktion auf die gesteigerte Risikoproduktion ist ambivalent: Da gibt es überschießende Angstreaktionen, z. B. im Zusammenhang mit AIDS, also panische Angst vor eigener Ansteckung und soziale Panikmache gegenüber Infizierten und sogenannten Risikogruppen. Da gibt es aber auch ein *kontraphobisches Verhalten: gerade das riskieren, wovor man Angst hat* (H. E. Richter in *Die Zeit*, 8.4.1988, S. 14).

»Risikoangst«, ja »Risikophobie«, kann ebenso Ausdruck gesteigerten Risikobewußtseins sein wie »Risikolust«, bei der Ängste und Gefahren durch die Flucht nach vorne gebannt werden sollen. Ist Angst im Spiel, kommt es immer zur Neigung, sprachlich zu verharmlosen.

Das gefühlsbeladene Wort *Gefahr* verwandelt sich in das scheinbar harmlosere *Risiko*. In dem Ausdruck *Risiko* selbst ist die Ambivalenz zwischen Gefahr und Wagnis angelegt, man denke nur an die Risikospiele im trauten Wohnzimmer und die Risikogeschäfte von Börsenmaklern – durchaus positive Leitbilder im Zeitgeist. Das Risiko ist Nervenkitzel, aber auch die Chance des Tüchtigen, nur wer etwas riskiert, kommt ganz nach oben. Risiken wird grundsätzlich kalt-schnäuziger begegnet als Gefahren, gegen sie kann man sich notfalls auch versichern.

Wen wundert es da noch, wenn die sogenannte »Risikoforschung« eine Hochkonjunktur erlebt und unser »Risikoverhalten« keineswegs dem tatsächlichen relativen Gefährdungspotential entspricht.

Die Risiken »Atom« und »AIDS« haben – und damit sind wir nun endgültig vom Feld *-gesellschaft* zum Feld *Risiko/-risiko* übergegangen – ihre jeweils eigenen Risikowortfamilien ausgebildet:

Zu AIDS gehört die *Risikogruppe*, der *Risikofaktor*, die riskanten Formen des Sexualverhaltens, die der AIDS-Desperado als Phänotyp der *Risikolust* praktiziert, zum Atom gehört das *Sicherheitsrisiko* und vor allem das *Restrisiko*.

Restrisiko ist das Symptomwort der gegenwärtigen Lebenssituation schlechthin und wird daher ähnlich wie die Schlagwörter *Störfall* oder *GAU* in kritischen Kontexten metaphorisch verwendet. Man denke nur an die Redeweise vom *Restrisiko Geschichte* (vgl. oben).

Der Begriff *Restrisiko* entstammt dem Kontext der angewandten Wahrscheinlichkeitsrechnung, wie sie etwa in der Versicherungskalkulation praktiziert wird. Wenn *Risiko* selbst hier als Fachwort steht für das *Produkt aus Schadenseintrittswahrscheinlichkeit und Schadensumfang*, dann ist *Restrisiko* das jeweils kleinste, durch Risikominimierung erreichbare solche Produkt. Risikominimierung wird im Falle der Atomwirtschaft durch immer ausgeklügeltere Sicherheitsvorkehrungen, durch redundante Mehrfachsicherheitsysteme zu erreichen versucht. Jeder dann noch verbleibende »Rest« ist nicht etwa eine unvorhersehbare, unkalkulierbare »Größe« jenseits der Machbarkeit, sondern jenes im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse Vernachlässigbare, das mit jedem weiteren Triumph von Technik, Vorsorge und Sicherheitsdenken asymptotisch gegen Null geht.

Da jede Kalkulation mit potentiellen Schadensfällen und jede Modellrechnung notwendigerweise Risiken nur minimieren, sie jedoch der internen Logik nach nicht absolut ausschalten kann, ist auch das *Restrisiko* – koste es was es wolle – rein logisch schon gerechtfertigt.

Der extrem unwahrscheinliche Fall, also ein rein *theoretisches Risiko* (Mannheimer Morgen, 7.1.1989, S. 1) – etwa der Störfall von Biblis, den keine Risikoanalyse vorhergesehen hatte – widerlegt somit dennoch das System des Risikodenkens als solches nicht. Was vorgeblich entsprechend den Sprachregelungen der Atomlobby *auszuschließen* war, ist aufgrund des *Restrisikos Mensch* eben nicht ausschließbar – und das wissen die Wahrscheinlichkeitstheoretiker auch (vgl. Spiegel, 12.12.1988, besonders den Artikel von Klaus Traube).

Technologie- und systemimmanente Denkweise und Begriffsbildung ist daher im Falle von *Restrisiko* geeignet, sich selbst gegen radikale Kritik von außen, sprich aus der Position von verantwortlichem Denken, engagierter Sorge und emotionaler Betroffenheit zu immunisieren. Die Tatsache, daß nur die Eintretenswahrscheinlichkeit, nicht aber der Umfang einer möglichen Katastrophe verringert werden kann, wird verschleiert und verharmlost – und zwar auf dem Weg einer *systembedingten Verschleierung* (Spiegel, 12.12.1988, S. 92). Eine mörderische Gefahr wird technokratisch zum abstrakten *Restrisiko* umgeschrieben.

Während *Risiko* eindeutig der Schattenseite der Gegenwart zugewandt ist, hat *Post-/post-* einen eher restaurativen Klang. Die Vorsilbe *post-* ist in jüngster Zeit besonders produktiv und modisch geworden. Sie kommt in einer Vielzahl von substantivischen und adjektivischen Ableitungen vor, die allesamt dem kulturellen oder sozialen und politischen Interpretationsvokabular angehören.

»Post«-Adjektive sind z. B.: *postavantgardistisch, -kolonial, -nuklear, -totalitär, -alternativ, -apokalyptisch, -industriell, -materiell, -materialistisch, -kapitalistisch, -konventionell, -human, -national, -ökonomisch, -revolutionär* und *-faschistisch*.

»Post«-Substantive sind z. B.: *Postindustrialismus, -stalinismus, -faschist, -feminismus, -radikalisierung, -strukturalismus, -kapitalismus, -materialismus, -atomzeitalter, -Punk-Generation, -Punk-Dichter, -Sputnik-Ära, -Holocaust-Literatur* und der *Postrestaurative* (zahlreiche dieser Bildungen verdanken wir Michael Kinne, IDS).

Ein bißchen elegisch klingen diese Bildungen deshalb, weil all die Strömungen, Tendenzen, Einstellungen, Denkweisen, Systeme, Moden, Stile oder die Epochen, deren Benennungen ein *post-* vorausgesetzt wird, ja damit, eisilbig und knapp, verabschiedet sind und diese Post-Kategorien ja stets rückwärts gewendet bleiben, ohne eine neue Richtung zu weisen.

Ulrich Beck hat in der Anfangspassage seines bereits erwähnten Buches »Risikogesellschaft« (S. 12) die Zeitgeistsilbe *post-* recht gut umrissen:

Thema dieses Buches ist die unscheinbare Vorsilbe »post«. Sie ist das Schlüsselwort unserer Zeit. Alles ist »post«. An den »Postindustrialismus« haben wir uns schon eine Zeitlang gewöhnt. Mit ihm verbinden wir noch Inhalte. Bei der »Postmoderne« beginnt bereits alles zu verschwimmen. Im Begriffsdunkel der Nachauflklärung sagen sich alle Katzen gute Nacht. »Post« ist das Codewort für Ratlosigkeit, die sich im Modischen verfängt. Es deutet auf ein Darüberhinaus, das es nicht benennen kann, und verbleibt in den Inhalten, die es nennt und negiert, in der Erstarrung des Bekannten. Vergangenheit plus »post« – das ist das Grundrezept, mit dem wir in wortreicher, begriffsstütziger Verständnislosigkeit einer Wirklichkeit gegenüberstehen, die aus den Fugen zu geraten scheint.

Das Leitwort des gesamten Post-Paradigmas scheint der Ausdruck *Postmoderne* zu sein. Er war primär der bildenden Kunst, zumal der Architektur zugeordnet. In den Erscheinungsformen postmoderner Architektur mit ihrem Abschied von den strengen Formen der Moderne, ihrem stilistischen Eklektizismus wurde der Geist des modernen »Post-« sinnlich erfahrbar.

Dies hat mit Sicherheit andere Post-Bildungen angeregt und den »Postismus« insgesamt – wie er in einer Sprachglosse (*Die Zeit* (3. 6. 1988, S. 54) genannt wird – befördert.

Durch die Vorsilbe *post-* weht der Zeitgeist! Nicht alle Tendenzen, Thesen, Meinungen und Wörter bleiben jedoch, wie man sieht, dem schicken, oberflächlichen Trend verhaftet.

Anmerkungen

- 1 Ulrike Haß: Vorwort [zum Lexikonausschnitt Umwelt]. In: Gerhard Strauß/ Ulrike Haß/Gisela Harras: *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin/New York 1989, S. 397.
- 2 Gerhard Strauß: Vorwort [zum Lexikonausschnitt Politik/Ideologie]. In: Strauß/Haß/Harras a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 27.
- 3 Haß: Vorwort, a. a. O. S. 405f.
- 4 Haß: [Artikel] Restrisiko. In: Strauß/Haß/Harras, a. a. O. S. 516ff.
- 5 Haß: [Artikel] Altlasten. In: Strauß/Haß/Harras, a. a. O. S. 427.
- 6 Strauß: [Artikel] Asylant. In: Strauß/Haß/Harras, a. a. O. S. 86ff.
- 7 Ulrich Beck: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M. 1986.

Dr. Gerhard Strauß und Dr. Gisela Zifonun sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.